### Mobilfunk Vom 1. Juli an wird der Erwerb von Prepaid-Karten genauer kontrolliert

VON NILS WISCHMEYER

ie Prepaid-Karte ist in Deutschland auch Jahrzehnte nach ihrer Einführung noch immer ein Kassenschlager: 60 Millionen der kleinen Kärtchen schlummern in den Handys der Bundesbürger. Allein die drei großen Mobilfunkbetreiber Vodafone, Deutsche Telekom und Telefonica haben in der Summe 48,3 Millionen aktive Prepaid-Kunden. Davon entfallen fast 14 Millionen auf Vodafone, 10 Millionen auf die Telekom und weitere 24 Millionen auf Telefonica. Jahrelang konnte man die Sim-Karten mit Prepaid-Funktion wie Brötchen oder Schokoriegel im Supermarkt, an der Tankstelle oder dem Kiosk nebenan kaufen. Die Karten waren anonym, eine Aktivierung dauerte nur wenige Momente.

Das ändert sich ab dem 1. Juli 2017 schlagartig. Eine Gesetzesverschärfung zwingt die Nutzer, sich gleich zwei Mal offiziell auszuweisen. Hintergrund der Änderung ist ein Anti-Terror-Paket der Bundesregierung. Für den Verbraucher bedeutet das vor allen Dingen eines: Es wird kompli-

#### Wer nutzt die Prepaid-Karten? Beliebt sind die Karten unter anderem bei

Eltern, die für ihre Kinder keinen Mobilfunkvertrag abschließen wollen. Sie können so ohne Probleme einen gewissen Betrag auf die Karte laden, den das Kind dann verbrauchen kann. Ebenfalls begehrt sind die Karten bei Urlaubern, die Sim-Karten für ihren Aufenthalt kaufen, bei Kunden, die sich vor hohen Mobilfunkrechnungen schützen wollen, und nicht zuletzt bei Menschen, die besonders oft und möglichst günstig ins Ausland telefonieren wollen. Sie alle schätzen die Vorteile, die das Prepaid-Modell mit sich bringt: Die Kosten bleiben überschaubar, der Kauf läuft schnell und unkompliziert ab - und nebenbei sind die Karten auch noch anonym.

### Warum müssen sich die Nutzer künftig ausweisen?

Die größten Vorteile sind zugleich aber auch die größten Nachteile der Prepaid-Karten. Denn nicht nur der Otto Normal-Verbraucher schätzt das Verfahren, sondern auch Verbrecher und Terroristen. Sie kaufen die Karten mit Fantasienamen, tätigen einen einzigen Anruf, werfen sie dann weg und legen eine neue ein. So machen sie es der Polizei oder auch Geheimdiensten nahezu unmöglich, ihre Kommunikation zurückzuverfolgen oder gar mitzuschneiden. Dem will die Bundesregierung mit der Verschärfung des Telekommunikationsgesetzes nun den Riegel vorschieben. Die Änderung, die am 1. Juli 2017 in Kraft tritt, verlangt, dass sich Nutzer gleich zwei Mal ausweisen müssen. Das erste Mal, wenn sie eine Karte kaufen, und ein weiteres Mal, wenn sie diese nutzen wollen.

### Gilt das für alle Karten?

Wer bereits eine Prepaid-Karte hat, ist von der Änderung nicht betroffen. Auch das Aufladen der Sim-Karten läuft weiterhin ohne Registrierung. Lediglich wer sich nach dem 1. Juli eine Karte kauft, muss sich der neuen Prozedur unterziehen.

## Wie läuft es ab dem 1. Juli ab?

Beim Kauf der Karte muss der Kunde ein gültiges Ausweisdokument, etwa einen Reisepass oder einen Personalausweis, vorlegen. Die zweite Überprüfung findet statt, wenn die Karte aktiviert wird. Abgefragt werden dann Name, Anschrift, Geburtsdatum, die Passnummer und der Ausstellungsort des Dokuments. Wer die Karte in einem Laden der großen Anbieter, wie etwa Telekom, Vodafone oder Telefonica, kauft, kann sie direkt registrieren und aktivieren lassen. Media Markt und Saturn planen die Registrierung ebenfalls vor Ort. Auch Aldi Süd will die Karten gleich vor Ort registrieren lassen. Andere Discounter hingegen sperren sich dagegen. Auch in Tankstellen oder Kiosken wird es wohl keine direkte Aktivierung geben. Die Drogeriekette Rossmann teilt mit: "Eine Identifikationsmög- | jeweiligen Firma dann die Angaben auf



Nichts läuft mehr ohne Handy: Wer sich nicht längerfristig per Vertrag an einen Mobilfunkanbieter binden will, nutzt Prepaid- oder Postpaid-Sim-Karten. FOTO: JENS KALAENE/DPA

# Das Ende der Anonymität

Millionen Menschen in Deutschland verwenden Prepaid-Sim-Karten. Ab dem 1. Juli wird das komplizierter. Dann müssen die Nutzer beim Kauf und bei der Aktivierung einen Ausweis vorlegen

lichkeit ist weder an der Kasse noch sonst wo in unseren Filialen geplant."

Wer die Karte nicht vor Ort registrieren lässt, kann sie etwa mit Hilfe des Post-Ident-Verfahren aktivieren lassen. Dafür muss man allerdings in eine Postfiliale gehen, wo die Daten dann überprüft werden.

## Gibt es eine Alternative?

Eine dritte, unkomplizierte Variante ist das sogenannte Video-Ident-Verfahren, wie es etwa ID Now, Web ID, Arvato und die Deutsche Post anbieten. Genutzt wird es schon heute, vornehmlich zur Kontoeröffnung bei Banken oder zum Abschluss von Versicherungsverträgen im Internet. Der Kunde spart sich so den Weg in eine Filiale. Die Registrierung läuft, wie der Name schon vermuten lässt, via Video. Der Kunde braucht dazu eine Internetverbindung und eine Webcam oder aber eine Kamera an seinem Smartphone. Während eines Videotelefonats prüft ein Mitarbeiter der dem Ausweis, den der Kunde in die Kamera hält, und ob das Aussehen der Person mit dem Foto auf dem Ausweis übereinstimmt. Zusätzlich sind die Mitarbeiter in den Unternehmen darauf geschult, Verhaltensweisen zu beobachten und so festzustellen, ob sich der Kunde auffällig verhält. Läuft alles ohne Probleme, dauert die Registrierung etwa fünf bis acht Minuten.

## Bricht nun der Markt ein?

Trotz des komplizierteren Verfahrens rechnen die großen Telefonanbieter nicht mit einem Einbruch ihrer Kartenverkäufe. Auch wollen sie die Preise für die Prepaid-Angebote nicht erhöhen. Das bestätigten sie auf Anfrage. Und auch Discounter und Elektromärkte, an deren Kassen bislang sehr viele Prepaid-Karten verkauft werden, erwarten keine Probleme. Ein Sprecher der Drogeriekette Rossmann fasst zusammen: "Es ist zwar schwer einzuschätzen, aber wir rechnen nicht mit gravierenden Einbußen."

## Große Lücken

Verbrecher und Terroristen nutzen die Prepaid-Karten bisher, um unbemerkt von Polizei und Geheimdiensten ihre Anschläge zu koordinieren. Dem will die Bundesregierung einen Riegel vorschieben und verbietet den anonymen Kauf. Doch ob das wirklich ausreicht, um die Kommunikation zu unterbinden, bleibt fraglich. Denn nach wie vor sind die Gesetze in weiten Teilen Europas sehr lasch. In Ungarn etwa sollen Terrormiliz IS Hintermänner der 200 000 Prepaid-Karten gekauft haben auf den Namen eines toten Obdachlosen. Gesetze wurden dabei offenbar nicht gebrochen. Auch im Internet kann man Prepaid-Karten günstig und anonym erwerben. In einigen Fällen reicht bereits eine E-Mail-Adresse als Identifikation. Ohne EUweite Standards kann das Gesetz also leicht ausgehebelt werden.

## Im Hochsicherheitstrakt

Die Video-Identifikation wird bei Banken immer beliebter

Köln - Als die Bundesfinanzaufsicht (Bafin) Anfang 2014 ihr Rundschreiben 01/2014 verschickte, knallten in Frank Jorgas Büro in Berlin die Korken. "Verdachtsmeldung nach §§ 11, 14 GwG und anderes" stand über der Meldung. Was für die meisten eher rätselhaft klang, machte Web-ID-Gründer Frank Jorga glücklich. Denn die Bafin gab endlich grünes Licht für ein Verfahren, für das Jorga und sein Geschäftspartner lange gekämpft hatten: die Identifikation per Video.

Kunden können sich seitdem via Videochat ausweisen und so beispielsweise ein Konto eröffnen. Ein Mitarbeiter in einem Callcenter prüft dafür in mehreren Schritten ihre Identität. Was bis dahin lediglich in den Filialen der Deutschen Post über das Post-Ident-Verfahren möglich war, kann seit Anfang 2014 auch von zu Hause aus erledigt werden. Das hat einen neuen Markt geöffnet.

Einer der ersten Anbieter: Web ID, ein 2012 gegründetes Start-up mit damals vier Mitarbeitern. Heute ist das Unternehmen eigenen Angaben zufolge Marktführer. 75 Prozent aller deutschen Banken, darunter die Deutsche Bank, die DKB oder auch die ING Diba nutzen die Video-Identifizierung der Firma. Als weitere Anbieter haben sich ID Now, die Bertelsmann-Tochter Arvato und die Deutsche Post etabliert.

Geebnet haben den Weg aber die Gründer von Web ID. Monatelang haben sie der Bafin das Konzept erklärt. Am Ende segnete die Behörde es ab, auch, weil die Sicherheitsanforderungen erfüllt waren. Die Call center von WebID ähneln deshalb einem

### Die Auflagen der Finanzaufsicht sind hoch

Hochsicherheitstrakt. Am Eingang müssen die Mitarbeiter eine Schleuse passieren. Dort werden ihr Chipcode geprüft und ihre Venen gescannt. Zusätzlich misst eine Waage ihr Gewicht, sodass sichergestellt wird, dass immer nur eine Person in der Schleuse steht. "Nur so können wir sicher sein, dass keine Unbefugten das Gebäude betreten", erklärt Web-ID-Gründer Jorga.

Die Mitarbeiter selbst werden von Kriminalbeamten geschult, Trickbetrüger zu erkennen. Anhand von mehr als 30 Punkten checken sie, ob der Anrufer am Videotelefon womöglich ein Betrüger ist. Ein großer Aufwand, der sich für die Anbieter aber lohnt.

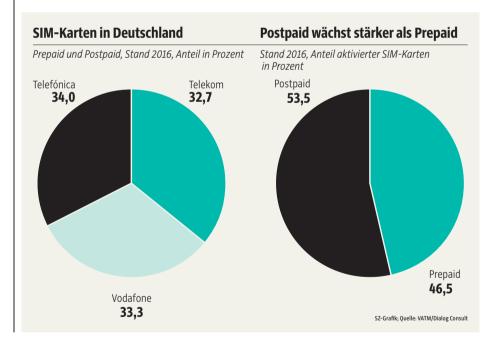
Seit einigen Jahren wächst der Markt stetig. "Das Video-Ident-Verfahren erfreut sich bei Kunden und Banken großer Beliebtheit", erklärt etwa der Bundesverband deutscher Banken. Christopher Schmitz von der Unternehmensberatung EY sagt: "Wir sehen zurzeit einen flächendeckenden Boom." Zwischen fünf und sechs Millionen Euro Umsatz macht Web ID mittlerweile, doppelt so viel wie 2015. Knapp 500 000 Euro Gewinn habe man vergangenes Jahr erwirtschaftet und sei so erstmals in die schwarzen Zahlen gerutscht, berichtet Jorga. Für ihn ein wichtiger Schritt. Anders als viele andere Start-ups soll die Firma organisch wachsen. Ein Übernahmeangebot der Post haben die Gründer abgelehnt. Stattdessen holten sie einen Investor an Bord: die Hannover Finanz, die zwei Millionen Euro in die Firma investierte und dafür zehn Prozent der Firmenanteile erhielt.

### In Vorbereitung ist schon das nächste Projekt: die digitale Identität

Die Branche rechnet mit weiterem Wachstum. Denn mit der Verschärfung des Telekommunikationsgesetzes zum 1. Juli eröffnet sich ein neuer Markt. Verbraucher müssen sich dann bei der Aktivierung von Prepaid-Karten ausweisen. Eine Möglichkeit dafür: das Video-Ident-Verfahren. Alle großen Mobilfunkanbieter setzen darauf. Für 2017 rechnet Web ID auch deshalb bereits mit einem Umsatz von zwölf bis 14 Millionen Euro. Zudem will Jorga die Mitarbeiterzahl auf 400 aufstocken.

Doch kann das Geschäft ewig weiterwachsen? Laura Pfannemüller, Expertin bei der Unternehmensberatung Zeb, sagt: "Ich sehe hier kein ewiges Wachstum. Irgendwann wird der Verkauf geradlinig verlaufen." Und auch Christopher Schmitz von EY hat Zweifel: "Zurzeit läuft es gut. Doch es gibt Alternativen zum Video-Ident-Verfahren." Der neue Personalausweis etwa habe eine PIN-Nummer, mit der man sich online ausweisen könne. Genutzt wird das bisher kaum. Lediglich einige Startups, darunter Authada aus Darmstadt, würden das Thema verfolgen. "Wenn das eine breitere Masse an Nutzern findet, kann das dem Video-Ident-Verfahren langfristig Konkurrenz machen", schätzt Schmitz.

Langfristig ist die Video-Identifikation wohl nur ein Teil eines sehr viel größeren Themas: der digitalen Identität. Zu beobachten ist das bereits in baltischen Staaten wie Estland. Der osteuropäische Staat hat ein digitales Meldesystem. Das heißt, zum Ausweis gehört immer eine digitale Identität. Eine Legitimation für Kontoeröffnungen oder beim Kauf von Sim-Karten ist nicht nötig. Künftig soll eine solche digitale Identität auch in Deutschland Standard werden. Mehrere Dax-Konzerne, darunter Daimler und Siemens, haben bereits ein erstes Projekt vorgestellt. Und auch Frank Jorga von Web ID lässt durchblicken, dass er ähnliche Pläne hat. NILS WISCHMEYER



## PERSONALIEN

## Sorge um die Stabilität

Sabine Lautenschläger, 53, hat sich besorgt über die amerikanischen Vorstöße zur Aufweichung der Bankenregulierung geäußert. "Es sieht so aus, als ob Elemen te der globalen Finanzreformen aufgeschoben oder gar nicht erst umgesetzt würden", sagte die EZB-Direktorin in Bonn (foto: Martin Leissl/Bloomberg). Nationale Initiativen seien nicht geeignet, die Stabilität des Finanzsystems zu stärken. "Das Gegenteil ist der Fall", fügte sie hinzu. Bereits zuvor hatten die Notenbanken Frankreichs und der Schweiz eindringlich davor gewarnt, die nach der Finanzkrise international verschärften Vorgaben wieder zurückzuschrauben. Das US-Finanzministerium hatte jüngst Pläne für eine Entschärfung vieler Vorschriften für heimische Banken vorgelegt. Derzeit ringen Europäer und die USA im Rahmen des Baseler Ausschusses der globalen Bankenaufseher über letzte Elemente der Vor-



schriften. Einer der wichtigsten Streitounkte ist die Frage, wie weit die Geldhäuser die Risiken in ihren Bilanzen mit eige nen Modellen herunterrechnen dürfen, um dabei Kapital zu sparen. **REUTERS** 

## Freund der Amerikaner

Joe Kaeser, 60, Siemens-Vorstandschef und Amerika-Freund, hält die umstrittene Wirtschaftspolitik von US-Präsident Donald Trump auch für eine Chance für deutsche Unternehmen in den USA. "Die neue Regierung, angeführt vom neuen Präsidenten, versucht, über pragmatische Wege Dinge zu verbessern", sagte Kaeser (ғото: вьоомвекс) bei einem Besuch in Washington. "Das ist an sich ein guter Ansatz." Kaeser hält sich mit dem gesamten Siemens-Vorstand zu einer Vorstandssitzung in der US-Hauptstadt auf. Die USA sind der größte Einzelmarkt des Münchner Technologiekonzerns. Siemens setzte in dem Land im vergangenen Jahr knapp 24 Milliarden Dollar um. Damit erzielte Siemens mehr als ein Viertel seines weltweiten Umsatzes in den USA. 50 000 Menschen beschäftigt der Konzern dort.

Kaeser, der selbst von 1995 bis 1999 für Siemens in den USA arbeitete, hatte im März auch Kanzlerin Angela Merkel zusammen bei ihrem Besuch bei Donald Trump begleitet. Angesichts der heftigen Kritik seitens der US-Regierung an den hohen Exportüberschüssen Deutschlands rät Kaeser zur Besonnenheit. "Natürlich ist es beunruhigend, wenn man von Exportüberschüssen spricht und sie in Zusammenhang mit unfairen Geschäftspraktiken bringt", so Kaeser. "Das ist eine



etwas eigenwillige Auslegung von Wettbewerbsfähigkeit." Deutschland habe viele sehr innovative und verlässliche Produkte. Die Trump-Regierung müsse es nun schaffen, den Übergang herzustellen "von Wahlkampf zu echter Verantwortung", sagte Kaeser. "Man muss über Dinge sprechen und nach Lösungen suchen, und nicht auf 140 Zeichen versuchen, Sachverhalte zu komprimieren", betonte er. Donald Trump kommuniziert mit Vorliebe über den Kurznachrichtendienst Twit-

## "Nicht zu Lebzeiten"

Janet Yellen, 70, streitbare Chefin der US-Notenbank Fed, rechnet für viele Jahre nicht mehr mit einer großen Finanzkrise. Es würde wahrscheinlich zu weit gehen zu sagen, es werde niemals mehr zu einer weiteren Finanzkrise kommen, sagte Yellen in London. Sie hoffe aber, dass das "nicht zu unseren Lebzeiten" passieren werde und rechne auch nicht damit. Inzwischen gebe es viel mehr Sicherheit. Die jüngste Finanzkrise hatte 2008 ihren Höhepunkt erreicht. Damals wurden weltweit Geldhäuser mit Hilfe von Steuermilliarden und Liquiditätsgarantien vor dem Kollaps gerettet. In Reaktion darauf wurden in vielen Ländern die Banken-Regulierung und Aufsicht deutlich verschärft. Yellen (ғото: ʀeuтeʀs) ergänzte, es wäre "keine gute Sache", die Reform der Finanzwirtschaft nach der Krise zurückzudrehen. US-Präsident Donald Trump will Forderungen aus der Bankenbranche nach weni-

ger Vorschriften weit entgegenkommen. Yellen stammt aus dem New Yorker Stadtteil Brooklyn und war Beraterin von Bill Clinton. Sie ist seit Februar 2014 Fed-Chefin und erhöht derzeit die Leitzinsen. sz

## **Große Baustelle**

Barbara Hendricks, 65, Bundesbauminis terin, ist mit den Fortschritten beim sozialen Wohnungsbau noch nicht zufrieden. Zwar wurden im vergangenen Jahr bundesweit knapp 25000 neue Sozialwohnun gen gebaut, 70 Prozent mehr als im Vorjahr, "aber wir brauchen noch mehr", sag die SPD-Politikerin am Mittwoch. Jahrelang hatten viele Bundesländer keine neuen Sozialwohnungen mehr gebaut und dafür vorgesehene Bundesmittel für andere Zwecke ausgegeben. Damit müsse nun Schluss sein, fordert die Ministerin. "Der Bedarf an bezahlbaren Wohnungen ist riesig." Deshalb müssten auch die Länder mehr Geld für neue Sozialwohnunger ausgeben. Während Hendricks' Amtszeit hat der Bund seine Zuschüsse zur Wohnraumförderung auf 1,5 Milliarden Euro pro Jahr verdreifacht. Die Zukunft dieser Zahlungen ist aber ungewiss, weil das Grundgesetz von 2020 an keine weiteren



Bundesmittel für Sozialwohnungen vorsieht. Dies müsse geändert werden, fordert Hendricks (FOTO: AFP). "Die Länder können diese große gesellschaftliche Aufgabe nicht alleine stemmen." sz

## Einmal Bosch für die Diba

Claus Dieter Hoffmann, 75, ehemaliger Bosch-Manager, ist neuer Aufsichtsratschef der Bankengruppe ING-Diba. Das Kontrollgremium wählte ihn zu seinem neuen Vorsitzenden, teilte Europas größte Direktbank am Mittwoch mit. Vorgänger Ben Tellings hatte das Amt Mitte Juli 2016 überraschend mit sofortiger Wirkung niedergelegt. Gründe dafür hatte das Institut nicht öffentlich gemacht. Hoffmann (FOTO: DPA) arbeitete seit 1973 bei Bosch. Zuletzt war er bis zu seiner Pensionierung am 30. Juni 2002 als Geschäftsführer der Robert Bosch GmbH für Controlling, Betriebswirtschaft, Finanzen und Einkauf zuständig. Dem Aufsichtsrat der ING-Diba AG gehört Hoffmann bereits seit Mai 2011 an. Zuvor war er knapp neun Jahre Mitglied des Kontrollgremiums der niederländischen Konzern-Mutter der Diba, ING (2003 – 2011). Zudem ernannte der Aufsichtsrat Vorstand Bernd Geilen,



53, der für die Risikosteuerung zuständig ist, zum Vizevorstandsvorsitzenden der ING-Diba. Geilen gehört dem Führungsteam seit Oktober 2010 an. Vorstandschef ist seit Mai Nick